

Der Courier  
18. Die überaus reichhaltige und  
interessante Zeitung für die  
deutsche Bevölkerung in  
Kanada.  
Abonnements:  
für Kanada \$2.50  
für Ausland \$3.50  
per annum bezahlt  
Canada \$2.00

# Der Courier

Organ der deutschsprachigen Canadianer

"The Courier"  
is the leading Canadian Paper  
in the German language  
Issued every Wednesday  
Subscription price:—  
in Canada \$2.50  
to foreign countries \$3.50  
If paid in advance:—  
Canada \$2.00  
1835 Halifax Street, Regina.

23. Jahrgang

14 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 10. September 1930.

14 Seiten

Nummer 44

## Die Stimmenzahlen bei den letzten canadischen Wahlen

Ergebnisse der letzten Dominionwahl nach Provinzen und im Vergleich zu 1926

Conservative und Liberal sind die stärksten Parteien, während die Kommunisten nur 5,685 Stimmen aufbrachten

Ottawa. — Die Zusammenfassung der Wahlergebnisse aus den letzten Dominionwahlen ergibt, daß 615,933 Stimmen mehr abgegeben wurden als bei den Wahlen von 1926. Im vergangenen Jahr gingen 3,308,995 Stimmen zur Urne gegen 2,743,062 im Jahre 1926. Die konservativen Kandidaten erhielten 1,909,955 Stimmen, die Liberalen 1,714,469; von den verbleibenden 274,180 Stimmen waren 60,924 für U.S.A. Kandidaten, 59,155 für Liberal-Progressive, und der Rest verteilte sich auf Progressive, Arbeiter, Farmer, Unabhängige und Kommunisten.

Die allgemeine Stimmenzahl der Konservativen und Liberalen war in den Wahlen von 1930 in den verschiedenen Provinzen wie folgt:

Provinz	1930	1926
Ontario	745,414	590,071
Quebec	456,037	542,135
Nova Scotia	140,513	127,189
New Brunswick	109,839	75,221
Manitoba	111,312	37,234
British Columbia	119,074	98,933
Prince Edward Island	29,692	29,698
Saskatchewan	129,420	153,673
Alberta	67,908	60,148
Yukon	846	558

Die allgemeine Stimmenzahl der anderen Gruppen verteilte sich wie folgt auf die verschiedenen Provinzen:

Provinz	Prog.	Unb. Prog.	Arb.	Ind.
Ontario	12,814	992	8,785	21,776
Quebec	59,155	19,809	2,018	7,894
Nova Scotia	18,178	6,166	2,727	163
New Brunswick	18,178	6,166	2,727	163
Manitoba	18,178	6,166	2,727	163
British Columbia	18,178	6,166	2,727	163
Prince Edward Island	18,178	6,166	2,727	163
Saskatchewan	18,178	6,166	2,727	163
Alberta	18,178	6,166	2,727	163
Yukon	18,178	6,166	2,727	163

## Viertausend Orkan-Opfer in Santo Domingo

Ungeheurer Materialschaden durch das Wüten des entsetzlichen Sturmes angerichtet

Zwei amerikanische Marineflugzeuge brachten erste Hilfe in die zerstörte Stadt.

Santo Domingo. — Ein entsetzlicher Sturm löste die Stadt Santo Domingo heim. Der Ort, der alles niederriss und zerstörte, was ihm in den Weg kam, hatte nach dem ersten Wüten Hunderte und nach späteren Nachrichten Tausende von Toten und Verletzten, während in ganz groß Teile der Stadt so gut wie völlig zerstört sind.

Zwischen 20,000 Menschen obdachlos. Santo Domingo, 5. Sept. — Die Regierung hat alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um zu verhüten, daß unter den Tausenden von Vertriebenen, die in dem jüngsten Orkan der große Teil der Stadt zerstört, verlegt oder obdachlos gemacht wurden, die Zeit nicht nutzlos verstreichen läßt. Die Vertriebenen sind in provisorischen Baracken untergebracht, während andere in den zerstörten Gebäuden untergebracht sind.

Die erste Hilfe. Santo Domingo, 6. Sept. — Die von dem jüngsten Sturm schwer heimgegriffene Stadt schöpft Mut in ihrem Kampfe gegen Hunger und Krankheit, als die Ankunft von zwei amerikanischen Marineflugzeugen erfolgte. Mit ihnen kamen die ersten Hilfsmittel, bestehend aus Nahrungsmitteln, Medizin und anderen Dingen, die für die Vertriebenen notwendig sind.

Die neuesten Schätzungen zufolge beläuft sich die Zahl der in dem Sturm umgekommenen Menschen nunmehr auf mehr als tausend.

## Eine Abfuhr für die Wiener Sozialisten

Wien. — Hunderttausend österr. Soldaten haben eine Einladung der Stadt Wien zu einem Essen abgelehnt. Sie machen geltend, die verschiedenen Ausstellungen der sozialistischen Presse Wiens, die getrieben sind, sind die schlimmsten gegen die Soldaten der ersten Weltkriege. Die Abfuhr des Wiener Sozialismus ist die Einladung ankommen. Das Essen sollte nach den Bestimmungen stattfinden, die zur Zeit noch im Gange sind.

Die jährliche Konferenz der Vereinigten Staaten beträgt annähernd 150,000,000 Pfund. Die Staaten New York und Washington stehen in der Weltkultur obenan.

## Eröffnung der Sondersession des Parlaments

Ottawa, 8. Sept. — Bei herrlichem Wetter und dem Glanze der üblichen Zeremonien wurde die außerordentliche Session des canadischen Parlaments eröffnet. Capt. George Macdonald wurde vom Unterhaus ohne Widerstand zum Sprecher gewählt.

Die vom Generalgouverneur verlesene Thronrede war eine der kürzesten, die jemals im Parlament vorgelesen wurden. In drei kurzen Sätzen wurde erklärt, daß infolge außergewöhnlicher Wirtschaftsverhältnisse und der sich daraus ergebenden Arbeitslosigkeit die Einberufung der Session notwendig geworden sei. Unter den zu treffenden Maßnahmen würden auch Änderungen des Zollgesetzes und des Postgesetzes sein. (Besondere Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurden nicht erwähnt.)

Den Antrag auf Annahme der Thronrede stellte Frank Turnbull, der konservative Abgeordnete von Regina, wobei er von dem französisch-canadischen Gagnon von Dorchester, Que., unterstützt wurde. Gagnon sprach etwa 3 Minuten in Englisch und 17 Minuten in Französisch, eine Neuerung auf der konservativen Seite des Hauses.

In der Morgenpause kam es zu einem kurzen Faustkampf zwischen dem Liberalen Sir Eugene Forster von Rimouski und dem Liberalen „Whip“ Pierre Casgrain wegen Verteilung der Sitze.

## Lärmende Demonstration ungarischer Arbeiter

Budapest. — Zehntausend ungarische Arbeiter zogen durch die Hauptstraßen Budapests und verlangten Lärm nach „Brot und Arbeit“. Als die Polizei verbot, die Auflösung des Umzugs zu erzwingen, kam es zu Tätlichkeiten. Ein Mann namens John Benetz fand den Tod und 300 wurden verletzt; 30 davon schwer. Bangerautomobile mußten schließlich eingreifen.

Die Polizei benutzte ihre Säbel und ließ sich bei einer Gelegenheit auch veranlassen, auf eine Anklage von jugendlichen Arbeitern zu schließen. Die Arbeiter brachten Plakate auf die Straße, auf denen sie verlangten nach „Brot und Arbeit“. Die Demonstrationen bewarfen Straßenbahnen und Automobile mit Steinen und anderen Gegenständen, wobei zahlreiche Personen Verletzungen erlitten.

Als die Kundgebungen immer lauter wurden, griffen die Polizeieinheiten ein, und Bangerautomobile erschienen in den Straßen, um die Ruhe allmählich wieder herzustellen.

## Hearst aus Frankreich ausgewiesen

Weil einer seiner Vertreter britisch-französisches Geheimdokument veröffentlicht hatte

Amerikanischer Zeitungsmagnat äußert sich sarkastisch über seine Ausweisung

Paris. — Französische Regierungsbeamte teilten mit, daß der bekannte amerikanische Zeitungsvorleger William Randolph Hearst aus Frankreich ausgewiesen worden sei, weil einer seiner Agenten ein Dokument beschafft und veröffentlicht hätte, das sich auf die britisch-französischen Geheimverhandlungen von 1928 bezog.

Herr Hearst trat zu seinem ersten Besuche seit der Veröffentlichung des Geheimdokuments in Paris ein und wurde sofort von Regierungsagenten aufgefordert, das Land in 36 Stunden zu verlassen. Er reiste sofort nach London ab, ohne die Zeit ablaufen zu lassen.

Das französische Innenministerium gab dazu folgende Erklärung aus: „William Randolph Hearst, der Verleger zahlreicher amerikanischer Zeitungen, ist aus französischem Gebiete ausgewiesen worden. Diese Maßnahme, die auf Anordnung des Präsidenten des Rates, des Ministers des Innern, erfolgte, hatte ihren Grund in der Rolle, die Hearst bei der Beschaffung und Veröffentlichung eines Geheimdokuments über die britisch-französischen Marineverhandlungen spielte.“

Von der Kriminalpolizei wurde der Affairisten Presse auf Anfrage mitgeteilt, daß die französische Regierung stets alle Ausländer ausgewiesen hat, die Frankreich feindlich gesinnt sind. Herr Hearst ist ein Franzosengefährter und war schon vor, daß er keine Kritik außerhalb Frankreichs ausüben soll. Die Hearst-Affaire von 1928 ist nur ein Teil

## Canada und die deutsche Getreide-Ernte

Nach einem Bericht des canadischen Handels-Kommissars in Hamburg

Hoffnung auf Ausfuhr von Futtergerste nach Deutschland dagegen keine größere Weizen-Ausfuhr zu erwarten

Ottawa, 6. Sept. — Entgegen den vor einigen Monaten gehegten Erwartungen wird Deutschland heuer keine große Getreideernte haben. Diese Auskunft erhielt der Handelsminister Hon. S. H. Stevens heute von dem canadischen Handelskommissar Wilgresh in Hamburg. Mit Ausnahme von Weizen wird es beträchtlich geringere Vorräte an einheimischem Getreide in Deutschland geben als in den beiden letzten Jahren. Der Ertrag aller Getreidearten mit Ausnahme der Gerste wird

geringer sein. Die offiziellen Ziffern zeigen, daß die Erntemenge deutsche Weizenenergie in diesem Jahre weniger sein wird als die letztjährige; hingegen wird der Ertrag des Roggens 610,000 Tonnen, der der Gerste 530,000 Tonnen und der des Hafers 1,910,000 Tonnen geringer sein. Die geringe Ernte in dem Erntebereich weichen Weizenanbau gegenüber dem des vorigen Jahres dürfte der Ernte in dem Jahre 1929 gegenüber dem des vorigen Jahres die Ernteart angebauten Fläche zuzuschreiben sein. Ueber die Frage der Ausfuhr nach Deutschland wurde Herr Stevens mitgeteilt, daß in Anbetracht der demutlich geringeren Erträge an Gerste und Hafer Deutschlands Import an Futtergerste im kommenden Jahre trotz des hohen Preises möglicherweise nicht unbedeutend sein wird.

Ein Heberblick über die Lage, der demnach die Getreideexporteure einige Hinweise auf den demutlichen Getreidebedarf Deutschlands für das Erntejahr 1930-31 zu geben, lautet wie folgt: „Solange die gegenwärtigen Preise beibehalten werden, ist es nicht wahrscheinlich, daß Deutschland im kommenden Erntebereich beträchtlich größere Weizenenergie als im Vorjahre einführen wird. Die bestehende Zollregelung erfordert, daß die Regierung den Weizenpreis dergestalt festsetzt, daß der Preis des deutschen Weizens etwa auf dem Niveau von \$12.00 auf dem Markt der Tonne erhalten wird, wobei eine Verringerung des gegenwärtigen Preises erst möglich ist, falls der Weizenpreis auf verhältnismäßig lange Zeit über dieses Niveau steigt.“

Der amtierende Präsident Martinez unterzeichnete sofort nach der Hebernahme der Amtspflichten des Präsidenten Aragonen ein Dekret durch das auf die Dauer von 30 Tagen das Kriegsrecht über den Bundesdistrikt verhängt wird. Das Dekret kann durch eine Entscheidung des Kongresses, der auf Anordnung des Präsidenten am 11. September zusammen treten wird, wieder aufgehoben werden.

Die Resignation kam zu einer Zeit, da die politische Lage beinahe unentwirrbar geworden war. Neue Zusammenkünfte ereigneten sich gestern zwischen der Polizei und Studenten, und es wurde klar, daß die Oppositionsgruppen, einschließlich der Studenten, nicht gewillt waren, die Lage zu belassen, wie sie in der letzten Zeit gewesen ist.

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

Heberausfand kam für viele, die sich bereits in ungeduldiger Freude an den Feiern beteiligt hatten, die Mitteilung, daß der Präsident nur seine Nachfolgersuche an ein Mitglied seiner eigenen radikalen Partei übertragen habe. Martinez besitzt sämtliche Vollmachten des

## Wegen Verleumdung des Kaisers verurteilt

Berlin. — Der Redakteur C. A. Mendel der Berliner Morgenpost wurde schuldig befunden, den frühesten deutschen Kaiser durch Zeitungsaufsätze verleumdet zu haben. Er wurde zu einer Geldstrafe von ungefähr \$360 oder zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Der frühere Reichler erhob Klage gegen ihn, nachdem in einem Artikel in der Morgenpost die Behauptung aufgestellt worden war, daß Wilhelm II. die Lieferung von schlechter Munition seitens der Kruppwerke, an denen er finanziell beteiligt gewesen sei, gebilligt habe.

Der Richter drückte die Ansicht aus, daß das Gericht nicht dazu verpflichtet sei, die Qualität der deutschen Munition während des Krieges zu prüfen, wenn das Gericht entscheiden zu können, sondern daß es sich darum handle, festzustellen, ob die Ehre des früheren Kaisers verletzt worden sei. Auch legte der Richter Wert darauf, zu betonen, daß er den früheren Reichler als Privatbürger und nicht als Kaiser betrachte. Eine Gefängnisstrafe wird jedoch nur im Falle der Verleumdung von staatlichen Würdenträgern verhängt.

Wieder ein Bischof in Berlin

Berlin. — Monsignore Christian Schreiber wurde als Bischof der neugebildeten katholischen Diözese Berlin feierlich inkroniert. Das Amt war seit dem Jahre 1544 nicht mehr beletzt. Der letzte Bischof war Matthias von Jagow, der zur Zeit der Reformation aus der katholischen Kirche auswich und zum Luthertum übertrat. Die Diözese wurde nach dem im letzten Jahr zustande gekommenen preussischen Konkordat, für das sich der nunmehrige päpstliche Staatssekretär und damalige päpstliche Nuntius in Deutschland Kardinal Vercelli so stark eingesetzt, erneut ins Leben gerufen. Es ist dies eine Erneuerung der altzeitlichen Diözese Brandenburg, die im Jahre 948 unter dem damaligen Kaiser Otto gegründet wurde.

## 10,000 chinesische Kommunisten getötet

Regierungstruppen räumen mit den roten Banditen auf und bedrängen General feng

Schanghai, China. — Kommandant der chinesischen Nationalistenregierung in Nanjing wird bekannt gegeben, daß in der Nähe von Tschangschia am Anfang ein gemeinsamer Angriff mit Panzerbooten gegen die Kommunistenrebellentruppen des Südens unternommen worden ist. In der Ankündigung heißt es weiter, daß von den Rebellen, die die Stadt Tschangschia bedrohten, nicht weniger als 10,000 getötet worden sind. Die noch übrig gebliebenen Rebellen seien in südlicher Richtung geflohen.

Wie weiter gemeldet wird, sind auch im Norden Fortschritte erzielt worden. Dort habe General Feng Ju-chiang, der als einer der Führer der in Weiping eingekerkerten

Regierungstruppen fangiert, seine Armeen entlang der ganzen Front nach Norden zurückgezogen. Feng soll diesen Witterungen zufolge die Eisenbahnhaltungen Lunghai, Weiping und Hanlan räumen. Die Regierungstruppen folgten ihm immer weiter nach Norden. Gleichzeitig wären auch im Süden gegen die Kommunisten und Banditen neue Erfolge zu verzeichnen.

Im Norden ist die Regierung hauptsächlich bemüht, die Städte Kai-feng, Tscheng-tschau und Lojang in ihren Besitz zu bringen. Die Bewohner der Stadt Tschangschia, die vor nicht langer Zeit von den kommunistischen Truppen und Banditen überfallen und geplündert wurde, wurden sehr beunruhigt durch

(Fortsetzung auf Seite 5)